

POLEN UND EU

Tödliche Verzögerung

Fünfzehn Mal probiert, immer gescheitert, jetzt kommt ein neuer Anlauf. Wenn Polen im Juni 2004 der Europäischen Union beitreten will, muss die komplizierte Reprivatisierung von enteignetem Eigentum aus dem Zweiten Weltkrieg und der kommunistischen Ära unbedingt geklärt sein.



Für den Wiederaufbau der von den Nazis fast völlig zerstörten Stadt Warschau konfiszierten die Sowjets riesige Flächen, in vielen Fällen ohne für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Die Eigentumsfrage einiger Liegenschaften rund um den Kulturpalast ist bis heute umstritten. (Fotos: Tom Wagner/SIP)

Schweigen und Achselzucken. Vielleicht war es nur Zufall, dass auf die Frage, wie der Stand in der Entschädigungsfrage zwischen Polen und den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus und des Kommunismus sei, niemand so recht zu antworten vermochte. Weder die ansonsten sehr gut informierten Stadtführerinnen, welche die luxemburgische Journalistendelegation Ende Juni durch Krakau und Warschau führten, noch die örtlichen JournalistInnen, mit denen man abends gemütlich beim Essen beisammen saß.

Dabei ist es gar nicht lange her, dass die Entschädigungs- bzw. Reprivatisierungsfrage in den polnischen Zeitungen für lange Artikel und unzählige, empörte Leserbriefe gesorgt hatte. Man schrieb das Jahr 1999. In jenem Juni forderte eine Gruppe von jüdischen Holocaust-Überlebenden aus Polen und deren Er-

blinnen vom polnischen Staat Schadensersatz in Höhe von bis zu 100 Milliarden US-Dollar für Grundbesitz, der ihnen im Zweiten Weltkrieg, aber auch während der kommunistischen Ära, weggenommen worden war. In der Klagebegründung der New Yorker Anwälte Mel Urbach und Edward Klein hieß es damals: "Die Republik Polen hat während der vergangenen 54 Jahre einen Plan realisiert, der die gewaltsame Vertreibung der Juden aus Polen bis zu ihrer Ausrottung durch Gewalt, Folter und Tod zum Inhalt hatte." Aus "Hass und Habsucht" würde Polen bis heute Gewinn aus dem Eigentum der Opfer des Holocaust ziehen. Juden, die nach 1945 versucht hätten, ihre Grundstücke und Privathäuser zurückzubekommen, seien von den Behörden und den "neuen BesitzerInnen" regelrecht verfolgt und verjagt worden. Außerdem trage Polen auch eine Mitverantwor-

tung für Auschwitz und andere Todeslager, die, so argumentierten die Rechtsanwälte, von den Deutschen in Polen wegen des dort vorherrschenden Antisemitismus eingerichtet worden seien (eine Behauptung, die renommierte HistorikerInnen allerdings für falsch halten).

Nach dem Bekanntwerden der Klage war die Empörung in der polnischen Öffentlichkeit groß. Insbesondere gegen die Gleichsetzung mit dem Dritten Reich wurde in zahlreichen Leitartikeln protestiert. Der Chefredakteur der größten polnischen Tageszeitung Gazeta Wyborcza, Adam Michnik, selbst jüdischer Abstammung, veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel "Lüge im Schatten der Shoah". Darin warf der ehemalige Solidarnosc-Aktivist den Autoren der Klage eine extrem "antipolnische Einstellung" vor und verwahrte sich strikt gegen den Vorwurf, Polen habe

den Plan der Nazis, das Land "judenfrei" zu machen, fortgesetzt. Vielmehr hätten sich "gewissenlose Halunken" entschieden, "den Holocaust zum gerichtlichen Spiel um große Geld auszunutzen." Auf die in der Klageschrift erwähnten Repressalien im Nachkriegspolen ging der Intellektuelle indes nicht näher ein, auch nicht darauf, dass Hunderttausende Enteignete (Polen und Juden) auf Wiedergutmachung warteten - private Rückgabeforderungen und Schadensersatzklagen lagen polnischen Behörden schon seit geraumer Zeit vor. Diese konnten Entschädigungsforderungen bis dahin relativ leicht abwehren: ein Verweis auf fehlende gesetzliche Bestimmungen genügte, und die Anträge verschwanden wieder in den Schubladen der Verwaltung.

Tatsächlich gibt es bis heute kein Gesetz, das die Entschädigungsfrage umfassend regelt. Polens liberalkonservativer Ministerpräsident Jerzy Buzek hatte die Forderungen der New Yorker Klägergemeinschaft unter Hinweis auf die nationale Souveränität abgelehnt und sie stattdessen auf ein für das darauf folgende Jahr geplantes Reprivatisierungsgesetz verwiesen. Doch auch der mittlerweile 15. Anlauf der Regierung, die heikle Problematik nach über zehnjährigem Streit endlich zu lösen, scheiterte. Nach dem damaligen Entwurf sollten Alt-EigentümerInnen nur noch die Hälfte des heutigen Werts ihres ehemaligen Besitzes zurückerhalten. Statt für sämtliche Enteignungsoffer galt der Entwurf zur Reprivatisierung zudem nur für alle diejenigen, die zum Zeitpunkt der Enteignung sowie zum Zeitpunkt des 31. Dezembers 1999 die polnische Staatsbürgerschaft besaßen. So sollten Schadensersatzklagen von nach 1945 vertriebenen und umgesiedelten Deutschen von vornherein ausgeschlossen werden. Das Gesetz wurde schließlich nach langwierigen, emotional geführten Debatten im März 2001 von der Mehrheit der Abgeordneten im Sejm (Parlament) gestimmt - und kurz darauf vom Staatspräsident Aleksander Kwasniewski blockiert. Dieser begründete sein Veto gegen das Gesetz mit der darin enthaltenen Diskriminierung von AusländerInnen und damit, er könne die geschätzten Kompensationen aus der Staatskasse in Höhe von rund 11,5 Milliarden US-Dollar wegen der Wirtschaftsschwäche seines Landes nicht verantworten. Den Betroffenen empfahl das polnische Staatsoberhaupt, ihre Rechte vor polnischen Gerichten einzuklagen.

Menschenrecht Entschädigung

Doch außer einem Zeitaufschub dürfte ihm und seinen PolitikerkollegInnen dieser Schachzug nicht viel gebracht haben. Artikel 1 des Ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Menschenrechtskonvention sieht ausdrücklich den Schutz des Eigentums vor. Wenn Polen also

im Juni 2004 der EU beitreten will, muss es auch die Frage der Reprivatisierung geregelt haben. In ihrer Stellungnahme von 1997 zum Antrag Polens auf Beitritt hielt die EU-Kommission ausdrücklich fest: "Die Verfahren zur Entschädigung von Personen, die von den Nazis oder den Kommunisten enteignet wurden, müssen noch abgeschlossen werden." Seitdem ermahnen europäische Institutionen wie die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Europaparlaments die polnischen Autoritäten alljährlich, "to review their position on the long standing problem of the restitution of property and to submit in the near future a new law that will provide a fair and lasting solution of this question". Polen ist das einzige ehemalige Ostblockland, das als EU-Beitrittskandidat noch immer ohne Entschädigungsgesetz ist.

Unterdessen wächst der internationale Druck weiter. Neben der OECD haben verschiedene US-amerikanische Kongressabgeordnete inzwischen für die (jüdischen) Enteigneten Partei ergriffen. Auf einem öffentlichen Hearing der "Commission on Security and Cooperation in Europe" im Juli vergangenen Jahres betonte die New Yorker Senatorin Hillary Rodham Clinton (DP) noch einmal die Dringlichkeit der Entschädigungen. Die Zeit läuft ab: Viele derer, die seit Jahren und Jahrzehnten auf Wiedergutmachung warten, sind schon weit über 70 Jahre alt.

Dessen ungeachtet stand laut Meinungsforschungsinstitut CPOS noch im Jahr 2001 die Mehrheit der polnischen Bevölkerung einem Gesetz eher skeptisch gegenüber - erst seit den vergangenen zwei Jahren mehren sich in Polen Stimmen, welche die taktierende Haltung der Regierung kritisieren. In einem Artikel der konservativen "Rzeczpospolita" vom April 2001 warnte Autor Krzysztof Darewicz davor, die Beschränkung des Reprivatisierungsgesetzes auf polnische Staatsbürger bestärke Juden nur in ihrer Überzeugung, Polen diskriminiere sie. Er warnte vor internationalen, antipolnischen Stimmungen und ermahnte zugleich seine Landsleute, den "Eigentumsfragen der Juden mindestens soviel Zeit und Gewicht" beizumessen, wie Jedwabne.

Polnischer Antisemitismus

Es war Ende 2000, als der amerikanisch-polnische Historiker Jan Tomasz Gross sein Buch "Neighbors" in Polen veröffentlichte und damit eine Riesendebatte auslöste, einige sprechen gar von einem "polnischen Historikerstreit". In seinem Buch schrieb Gross, entgegen der vorherrschenden Geschichtsauffassung seien es nicht die deutschen Nationalsozialisten gewesen, die 1941 in dem kleinen polnischen Dorf Jedwabne zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung umgebracht hätten, sondern die Polen selbst hätten dort - auf Geheiß der Deutschen - ihre

eigenen NachbarInnen auf brutalste Art und Weise ermordet. Eine wahre Geschichte, die 1996 bereits ein gewisser Morlan Ty Rogers in der New York Times unter genauer Angabe von Daten erzählt hatte, die aber damals von polnischen Zeitungen als antipolnische Provokation abgetan wurde.

Die Gazeta Wyborcza von Adam Michnik, der das Vorwort für die deutsche Ausgabe von "Neighbors" schrieb, ging darauf nicht ein - und ignorierte überdies sechs Monate lang das vier Jahre später veröffentlichte Buch von Jan T. Gross. Erst als das polnische Institut zum Nationalen Gedenken in einer Untersuchung die Durchführung des Jedwabne-Massakers durch Polen bestätigte, befasste sich weite Teile der Intellektuellen und der Öffentlichkeit mit der eigenen, schuldvollen Rolle in der Geschichte, dem polnischen Antisemitismus. Andere wollten davon nichts wissen und taten die neue Geschichtsschreibung als Lüge ab.

Der katholische Historiker Tomasz Strembosz oder auch der bekannte Ökonom Ryszard Bugaj stritten die Fakten nicht ab. Sie unterstellten aber, die Jedwabne-Morde seien polnische Reaktionen auf die mit den sowjetischen Besatzern sympathisierenden Juden gewesen (Strembosz), beziehungsweise die "Aufrechterhaltung der These vom antisemitischen Polen" diene der "Begründung von Vermögensansprüchen gegenüber Polen" (Bugaj).

Wenn da nicht Erinnerungen an die antisemitische, verschwörungstheoretische Denkfigur vom geldgierigen, bolschewistischen Juden wach werden. Anders als sein Landsmann Darewicz nahm Bugaj die Enthüllungen um Jedwabne nicht, um eine rasche Klärung der Entschädigungsfrage zu fordern. Vielmehr diskreditierte er das

Anliegen und wandte seine Aufmerksamkeit statt dem polnischen Antisemitismus lieber dem "jüdischen Antipolonismus" zu. Die Sorge um die nationale Reputation - und vor weiteren Klagen empörter ausländischer Juden - ist ihm wohl wichtiger gewesen als die Klärung der tragischen Geschichte.

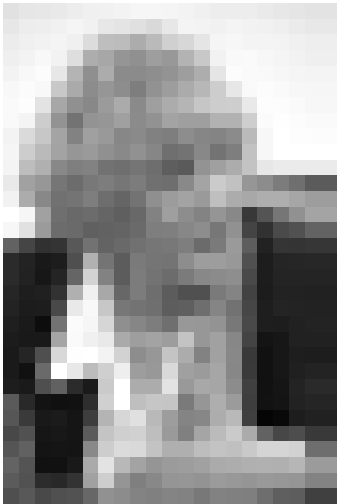
Der Druck wächst

Doch der Ruf Polens in der Wirtschaftswelt hat bereits gelitten: Neben der weiterhin verbreiteten Korruption und der schwerfälligen Bürokratie zögern immer mehr ausländische Unternehmen aufgrund der unklaren Besitzverhältnisse, in das Land zwischen Oder und Neiße zu investieren - sie haben Angst, plötzlich mit unüberschaubaren Schadensersatzforderungen konfrontiert zu werden. Seit dem Boom Mitte der neunziger Jahre stagnieren die Zahlen der ausländischen Investitionen im wirtschaftlich angeschlagenen Polen, so dass im Budgetministerium auf die Furcht vor zu hohen Kompensationszahlungen nun die Sorge um dringende benötigte Investitionen folgt.

Sogar Kommunen - sonst eher Nutznießerinnen der Enteignungen - fühlen sich blockiert. In der ehemaligen Industriestadt Radom, im Süden Warschaus, gehörten rund zwei Drittel der Wohnungen vor dem Weltkrieg jüdischen EigentümerInnen, ein Großteil davon befindet sich im Stadtzentrum. Wegen der ungeklärten Besitzverhältnisse sind den Behörden die Hände gebunden. Weder können sie verkaufen, noch haben sie die finanziellen Mittel, um die allmählich zerfallende Bausubstanz zu erhalten. Ähnlich sieht es in vielen anderen Städten aus: Häuser, deren Alt-EigentümerInnen bisher nicht entschädigt wurden, gammeln dort vor sich

hin, weil die "neuen BesitzerInnen" und die den Hausbestand verwaltenden Kommunen keine Renovierungen bezahlen wollen oder können. Währenddessen steigen die Preise für Immobilien in Zentrumsnähe weiter: Ein Wohnhaus im Warschauer Stadtzentrum mit Baujahr vor 1945 kostet laut Union der polnischen Grundstücksbesitzer mindestens eine Million US-Dollar.

"Mit der Vergangenheit ins Reine kommen", forderte das "Warsaw Business Journal" im Juli vergangenen Jahres. Das Fehlen einer Entschädi-



Verspricht eine rasche Lösung der Reprivatisierungsfrage: Senatorin Genowefa Grabowska.

gungsregelung, so befürchtet die Zeitung, könnte bald noch andere, kostspielige Folgen haben. Warum? Immer mehr Enteignete, Juden wie Polen, zögen wegen der fehlenden Aussicht auf eine politische Lösung vor Gericht. "Ausgekochte Rechtsanwälte" würden ihren KlientInnen empfehlen, auf die vollen 100 Prozent Kompensation zu klagen - das Doppelte dessen, was die Gesetzesinitiative von 2000-2001 vorgesehen hatte. Da aufgrund einer neuen, dem Eigentumsschutz wohlher gesonnenen Richtergeneration immer mehr Prozesse für die

KlägerInnen erfolgreich endeten, könnte der Rechtsweg in der Summe für den Staat und die Kommunen zu weit höheren Kosten führen als eine gesetzlich garantierte Entschädigung. BefürworterInnen einer solchen Regelung hatten schon während der Beratungsgespräche des Entwurfs im Jahr 2000 vor Kosten in Höhe von über 70 Milliarden US-Dollar gewarnt.

Derweil hat die polnische Regierung einen neuen Anlauf in Sachen Reprivatisierung genommen. Inwieweit der Wiedergutmachung US-amerikanischer Juden dort entsprochen wird, ist unklar. Noch beraten die einzelnen Ministerien den Text, der im September vom Ministerrat abgesegnet und danach dem Parlament vorgelegt werden soll, hinter verschlossenen Türen. Die Senatorin und Vorsitzende des Komitees für Außenpolitik und Europäische Integration Genowefa Grabowska deutete im Gespräch mit luxemburgischen JournalistInnen lediglich die grobe Richtung an: Man werde das Problem lösen - "auf nationaler Ebene". Dass die Betroffenen durch das neue Gesetz keine volle Entschädigung bekommen werden, dürfte klar sein. Auf der Homepage des Budgetministeriums bekräftigt die Regierung, dass sie zumindest die Konsequenzen der kommunistischen Konfiszierung von Privateigentum regeln wird, allerdings nur begrenzt: "The State cannot afford to compensate fully the nationalization effects due to the economic situation." Den Jüdinnen und Juden, deren Häuser nach dem Holocaust von ihren polnischen MitbürgerInnen entwendet wurden, wäre damit aber nicht geholfen.

Ines Kurschat

Jüdischer Besitz

(ik) - Rund drei Millionen Jüdinnen und Juden lebten vor dem Zweiten Weltkrieg in Polen. Schätzungen zufolge gehörte damals zwischen einem Fünftel und einem Drittel aller Liegenschaften polnischen Juden. Diese konzentrierten sich besonders auf die Städte. Allein im Krakauer Viertel Kazimierz waren von 270 Wohnhäusern 200 rechtmäßiger, jüdischer Besitz. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dessen Verlauf fast alle polnischen Juden von den Nazis ermordet wurden, und während der kommunistischen Herrschaft standen viele jüdische Häuser leer. "Verlassene" und "benötigte" Besitztümer wurden kurzerhand von den Sowjets beschlagnahmt und in "nationalen Besitz" überführt. Laut Dekret von 1945 wurden so allein in Warschau über 7.000 Liegenschaften und 14.300 Hektar Grundstücke von den russischen Machthabern konfisziert - angeblich um darauf die niedergebombte Stadt wieder aufzubauen sowie Gebäude für die Allgemeinheit zu errichten.

Obwohl ursprünglich per Gesetz Kompensationen vorgesehen waren und Betroffenen sogar der juristische Einspruch gegen die Nationalisierung ihres Privatbesitzes erlaubt gewesen war, sah die Praxis anders aus. Der Polnischen Union der Grundstücksbesitzer zufolge wurden lediglich etwa acht Prozent der Fälle nach Sowjetrecht richtig abgewickelt. Von 15.000 Personen, die bei den Behörden gegen ihre Enteignung Einspruch erhoben hatten, erhielten nahezu 5.000 keine Antwort. Jüdische BesitzerInnen, die ihrerseits Forderungen erhoben, mussten weit bis in die 80er Jahre hinein mit Repressalien rechnen. Somit warten noch immer Hunderttausende Polen und Juden auf ihre rechtmäßige Entschädigung. Hinzu kommen mehrere Millionen Menschen, die aufgrund von Umsiedlung und Vertreibung ihren ursprünglichen Besitz verlassen mussten (die Frage der deutschen Enteigneten ist dabei besonders heikel).

Während im Jahr 1997 - nach dem Vorbild des Umgangs mit der katholischen Kirche (1989) und den Gewerkschaften (1990)- ein Gesetz verabschiedet wurde, das auch die Rückgabe der Grundstücke der jüdischen Gemeinden regelt, blieb die Frage privater, jüdischer Liegenschaften jedoch ungeklärt. Eine entsprechende Regelung ist (mal wieder) für dieses Jahr angekündigt.

Das 1997er-Gesetz sieht vor, dass elf namentlich genannte, jüdische Organisationen in Polen auf Antrag ihre Synagogen, Gebetshäuser, Badehäuser, Schulen und Krankenhäuser zurückerhalten bzw. andernfalls Kompensationen ausgezahlt bekommen - befristet bis zum Mai 2002. Die Entschädigungen dürfen aber nur in Polen und zuvorderst für Renovierung und Erhaltung der jüdischen Kulturgüter verwendet werden. Daraufhin war ein Streit zwischen dem Weltjudentum und den polnischen, jüdischen Organisationen über die Regelung entsprungen, da aus Polen geflohenen JüdInnen befürchteten leer auszugehen.



Auch das neue Gesetz zur Entschädigung wird sicher wieder für viel öffentliche Diskussion sorgen.